

Stephan Brandner



KW 12

WOCHENRÜCKBLICK



Aktuelle Videos



Bürgerdialog in Biesenthal



PIC•COLLAGE



STEPHAN
BRANDNER

Parlamentarischer Abend der IHK



Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch 18.3.2026

Deutschland werde sich während des Nahostkriegs nicht daran beteiligen, mit Schiffen in der Straße von Hormus Schifffahrt zu gewährleisten. Dies bekräftigte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) am Mittwoch bei einer Regierungserklärung. Washington habe die Europäer nicht zu Rate gezogen: „Wir hätten abgeraten“, beschrieb er die deutsche Haltung. Für eine solche Operation fehle ein Plan und ein Mandat der Vereinten Nationen, der EU oder der NATO. Das schließe nicht aus, dass Deutschland mit diplomatischen Mitteln auf eine schnelle Beendigung des Krieges hinwirke.

Tino Chrupalla (AfD) meinte in seiner Rede, Deutschland sei weder am Hindukusch verteidigt, noch an der Straße von Hormus. Wer einen Krieg beginne, müsse sich die Frage nach Zielen und Exit-Strategien gefallen lassen. Jetzt müsse es darum gehen, die Sicherheit innerhalb der deutschen Grenzen zu verteidigen. Dazu gehöre, dem immer wieder aufflammenden Islamismus konsequent zu begegnen. Proaktive Immigration potenzieller Straftäter müsse gestoppt und Straftäter konsequent abgeschoben werden. Chrupalla ging auch auf die aktuelle Auseinandersetzung um das Sondervermögen für Sicherheit und Klimaschutz ein. Es sei dazu verwendet worden, Haushaltslöcher zu stopfen, hielt er der Koalition vor. Das sei weder sozial noch gerecht. Angesichts der steigenden Spritpreise forderte er, die CO₂-Abgabe umgehend zu streichen.

Die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche (CDU) hat Deutschland angesichts globaler Krisen als Stabilitätsanker in der Eurozone und Innovationsmotor in Schlüsseltechnologien bezeichnet. In der Regierungsbefragung des Bundestages sagte die Ministerin, um diese Stärken zu erhalten, habe die Regierung in den vergangenen Monaten die Weichen gestellt, die Gasspeicherumlage abgeschafft, die Stromsteuer für das Gewerbe und die Landwirtschaft auf das europarechtliche Minimum reduziert. Neben der Wirtschaftsministerin stellte sich auch Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) den Fragen der Abgeordneten. **Leif-Erik Holm (AfD)** sprach die hohen Spritpreise und eine fehlende Entlastung von Pendlern durch die Bundesregierung an. Die Sorgen der Bürger und Unternehmen seien ihr alles andere als egal, erwiderte Katherina Reiche. Die Kraftstoffpreise seien in Deutschland stärker angestiegen als im europäischen Vergleich und sanken weniger schnell.

Lars Haise (AfD) fragte den Bundesverkehrsminister nach den Ergebnissen des Bahnsicherheitsgipfels am 13. Februar und danach, ob sich ein bestimmtes „Täterprofil“ ausmachen lasse. Schnieder sagte, bei dem Gipfel seien alle Aspekte der Sicherheit in Zügen, auf Bahnsteigen und in Bahnhöfen besprochen und abgewogen worden. Ein besonderes Täterprofil sei nicht erkennbar. Unter den Tätern seien alle Schichten, Junge wie Alte, vertreten. Haise nannte diese Antwort einen „Schlag in das Gesicht jedes Eisenbahners“. Mehr als 50 Prozent seien ausländische Tatverdächtige. Dem widersprach der Minister. Es gebe eine ganze Bandbreite von Taten. Aggression und Gewalt seien ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Die Preise an deutschen Tankstellen waren am Mittwochabend das Thema einer Aktuellen Stunde, die auf Verlangen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD unter dem Titel „Wettbewerb an der Tankstelle durchsetzen – Verbraucher und Unternehmen stärken“ auf die Tagesordnung gesetzt wurde. **Bernd Schattner (AfD)** hielt der Bundesregierung vor, von den hohen Spritpreisen in Form der hohen Steuern zu profitieren. Der größte Profiteur sei Bundesfinanzminister Lars Klingbeil. „Rund 60 Prozent der Kosten an der Tankstelle fließen direkt auf die Kosten des Finanzministeriums“, sagte Schattner. Diese „maßlose Steuer- und Abgabenlast“ belaste jeden einzelnen Bürger im Land und treibe die Industrie ins Ausland. Die meisten Bürger hätten genug und wollten keine Ausreden mehr hören. „Sie wollen keine Arbeitskreise, keine Prüfaufträge und keine neuen Abgaben. Sie wollen endlich echte Entlastungen spürbar sofort und ehrlich.“



Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag 19.3.2026

Zwei Wochen später als ursprünglich geplant hat sich der Bundestag am Donnerstag einer Debatte zum Internationalen Frauentag gewidmet. Darin betonten alle Abgeordneten den nach wie vor großen Handlungsbedarf in Sachen Gleichstellung, von der man, trotz Fortschritten, noch weit entfernt sei. Unter anderem sahen die Rednerinnen Handlungsbedarf bei der Lohnlücke, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beim Mutterschutz oder einer besser auf Frauen zugeschnittenen medizinischen Behandlung. **Beatrix von Storch (AfD)** kritisierte in ihrer Rede vor allem das Verhältnis der Grünen und des Feminismus zum Islam. Kritik am Islam sei inzwischen out, im Gegenteil, forcierten die Grünen in Berlin eine Renaissance des Kopftuchs für Beschäftigte im öffentlichen Dienst. „Wo das Kopftuch ist, sind die Dschihadisten nicht weit“, sagte von Storch.

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD haben dem Bundestag ihr sogenanntes „Kraftstoffmaßnahmenpaket“ vorgelegt. Der Gesetzentwurf von Union und SPD gilt als eine Reaktion auf die deutlichen Preissteigerungen an den Tankstellen. Die Koalition plant zum einen, das Kartellrecht zu verschärfen. Zum anderen soll eine neue Regel auf den Weg gebracht werden, nach der Tankstellen nur noch einmal am Tag die Preise erhöhen dürfen. Für **Leif-Erik Holm (AfD)** reichen die Maßnahmen der Regierung nicht aus. Die Verbraucher und Gewerbetreibenden brauchten schnelle Hilfe. Nichts von dem, was vorgeschlagen werde, könne den Spritpreis schnell herunterbringen. „Dabei wäre Abhilfe ganz schnell möglich“, sagte Holm und schlug Steuersenkungen auf Brennstoffe vor.

Die AfD-Fraktion fordert den Wiedereinstieg in die Kernkraft. **Dr. Paul Schmidt (AfD)** erinnerte in der Debatte daran, dass Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, jüngst gesagt habe, der Kernkraftausstieg sei ein strategischer Fehler gewesen.

Die AfD-Fraktion dringt in einem Antrag darauf, „im Namen der Familienehre versuchte und vollendete Morddelikte“ statistisch zu erfassen. In ihrem Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, Fälle von seit 2005 in Deutschland versuchten und vollendeten Morden zu erfassen, die aus Gründen der Familienehre an einem Mädchen oder an einer Frau – und zum Teil (auch) an deren unerwünschtem Intimpartner – durch ihre eigenen Verwandten ersten oder zweiten Grades verübt wurden.

Die AfD-Fraktion will das Amt des **Polizeibeauftragten** des Bundes abschaffen. Die Verabschiedung des Polizeibeauftragtengesetzes und die damit verbundene Einführung des Amtes des Polizeibeauftragten hätten dazu geführt, Polizeibeamten und sonstigen Beschäftigten der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes und der Polizei beim Deutschen Bundestag „mit weiterem Misstrauen zu begegnen“ und diese Beschäftigten mit zusätzlichen bürokratischen Pflichten zu belasten, schreibt die Fraktion in der Begründung ihres Gesetzentwurfs.

Die AfD-Fraktion fordert die Einsetzung einer **Enquete-Kommission „Evaluation der Finanzlage der Kommunen und Lehren für die Zukunft ziehen“**. Sie begründet die Forderung nach Einsetzung der Kommission mit der kommunalen Finanzkrise. Die finanzielle Handlungsfähigkeit vieler Städte, Gemeinden und Landkreise sei derart eingeschränkt, dass Zukunftsinvestitionen und zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Bildungsinfrastruktur, Verkehrswege, Digitalisierung sowie Brand- und Katastrophenschutz nicht mehr aus eigener Kraft finanziert werden könnten.



Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag 20.3.2026

Die Bundesregierung will die europäische Verordnung über Künstliche Intelligenz (KI) in Deutschland umsetzen und dafür insbesondere die Zuständigkeiten der Behörden sowie Aufsichts- und Bußgeldregelungen festlegen. Dafür hat sie den Gesetzentwurf für ein KI-Marktüberwachungs- und Innovationsförderungs-Gesetz vorgelegt, über den der Bundestag am Freitag erstmals beraten hat. Scharfe Kritik am Gesetzentwurf kam von **Robin Jünger (AfD)**, der der Bundesregierung „verpasste Chancen“ und „leere Versprechen“ vorwarf und von „Planlosigkeit in Gesetzesform“ sprach. Er plädierte, den Entwurf an die EU-Kommission zurückzuüberweisen. Unter anderem habe es die Bundesregierung verpasst, schlanke und unternehmensfreundliche Strukturen zu schaffen, sagte Jünger und verwies auf das Tempo bei KI-Innovationen in den USA und China. So sei nicht die KI das Risiko für Deutschland, sondern die Art und Weise der Bundesregierung, Politik zu machen, warf Jünger Schwarz-Rot vor. Skandalös seien auch die neu entstehenden Behördenstrukturen mit neuen Planstellen und entstehenden Kosten, kritisierte Jünger weiter.

Die AfD-Fraktion dringt auf eine Revision der Genfer Flüchtlingskonvention und will Kriegsflüchtlinge prioritär in benachbarten Regionen geschützt sehen. Über einen entsprechenden Antrag hat das Bundestagsplenum am Freitag erstmals beraten. Wie die AfD-Abgeordneten in ihrem Antrag schreiben, erleichtere die regionale Aufnahme „insbesondere nachweislich die spätere freiwillige Rückkehr, wenn die Fluchtgründe wieder entfallen“. Die Antragsteller halten Hilfe vor Ort und in Nachbarregionen für „effizienter, sicherer und kulturkompatibler als ungesteuerte Massenmigration über Kontinente hinweg“. Dr. Alexander Wolf (AfD) nannte während der Debatte eine Revision „dringend erforderlich“. Die Genfer Flüchtlingskonvention habe bei ihrer Schaffung 1951 die Hilfe für politisch Verfolgte im Blick gehabt. Anders als in früheren Zeiten kämen heute aber die von der Konvention angesprochenen politisch Verfolgten und Dissidenten nur zum kleinen Teil.

Die Linksfraktion fordert den Rücktritt von Kulturstatsminister Wolfram Weimer. Aufgabe eines Kulturstatsministers sei es, inhabergeführte Buchhandlungen zu unterstützen, statt als „Gesinnungspolizist“ einzuschreiten, sagte Sören Pellmann (Die Linke) während einer Aktuellen Stunde mit dem Titel „Kunst-, Kultur- und Meinungsfreiheit verteidigen – Einschränkungen durch den Beauftragten für Kultur und Medien beenden“ vor dem Hintergrund der durch Weimer vorgenommenen Streichung dreier linker Buchläden, die von einer Jury für den Deutschen Buchhandlungspreis ausgewählt worden waren. **Dr. Götz Frömming (AfD)** sprach von einem „Festival der Doppelmoral“. Das politische Milieu, das aktuell „angeblich“ um die Freiheit des gedruckten Wortes streite, sei das gleiche Milieu, das sich mit Zensur- und Verbotsforderungen geradezu überschlage, „wenn es gegen Rechts geht“. Rechts sei man schon, „wenn man diesem Milieu einmal widerspricht“. Frömming stellte die Frage, was wohl los gewesen wäre, wenn die Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen, die die Buchmesse „Seitenwechsel“ ganz ohne Steuergelder „aus dem Boden gestampft hat“, für den Preis nominiert gewesen wäre. Boykottaufrufe, Proteste, Tumulte wären zu erwarten gewesen, „Die Antifa wäre wohl aufmarschiert“, sagte der AfD-Abgeordnete. Durch die Debatte um die Streichung dreier „linksradiqualer Buchläden“ von der Preisträgerliste werde das Hauptproblem der deutschen Kulturszene offengelegt. Das sei deren Linkslastigkeit „und ihr Subventionshunger“.



BÜRGERDIALOG in Nobitz OT Wilchwitz

30.03.26 | 18.00 Uhr

Vereinshaus am Dorfplatz
Dorfplatz 3
04603 Nobitz OT Wilchwitz

KOMMEN SIE VORBEI!
Eine Anmeldung ist
nicht erforderlich.

Mit

Stephan Brandner MdB

Prof. Dr. Michael
Kaufmann MdB

Thomas Hoffmann MdL



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



**STEPHAN
BRANDNER**

Die nächsten Termine

MITTAGSPAUSE MIT BRANDNER



 **Bad Köstritz**

 **31. März 2026**

 **12:00 Uhr**

 Anmeldung unter:
stephan.brandner.ma04@bundestag.de

 **STEPHAN BRANDNER**



BÜRGERABEND

31. MÄRZ 2026

AB 18:00 UHR

THEMA:
BERICHT AUS DEN PARLAMENTEN



STEPHAN BRANDNER
MITGLIED DES BUNDESTAGES

NADINE HOFFMANN
MITGLIED DES LANDTAGES



 **BÜRGERSAAL IM RATHAUS
DER STADT HILDBURGHAUSEN**

Zuschuss zur Klassenfahrt

Zuschuss zu eurer Klassenfahrt nach Berlin:

Mehr Infos unter
stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD

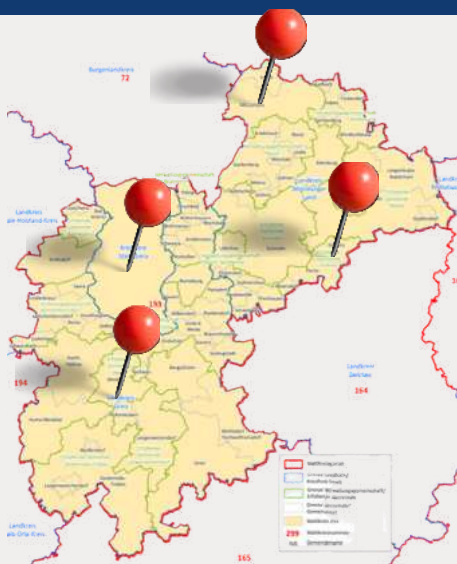


**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
kontakt@brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
goessnitz@brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Do. und Fr. 10-17
Uhr



Wahlkreisbüro Meuschwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuschwitz
meuschwitz@brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
weida@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1.
Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

